

Die Delegiertenversammlung ist unser „Parlament“ des BUND Naturschutz-Landesverbandes in Bayern. Hier ein wichtiger

Beschluss der Delegiertenversammlung in Deggendorf im Juni 2026:

Wir fordern daher von allen bayerischen Politiker*innen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene, die als „Bürokratie-Abbau“ und Beschleunigungsgesetze verschleierte Angriffe auf jahrzehntelang bewährte Errungenschaften der Beteiligung und des Gemeinwohlschutzes sofort zu stoppen. Wir erwarten, dass sie sich in ihren Parteien und den Parlamenten für mehr statt weniger Natur-, Umwelt- und Klimaschutz einsetzen und die ungebremste Ausbeutung unseres Planeten stoppen.

Wir appellieren an die bayerischen Politiker*innen, dringend Schutzregeln wie die FFH-Richtlinie, die Wasserrahmenrichtlinie und die ökologisch, sozial und auch wirtschaftlich sinnvolle Verordnung zur Wiederherstellung der Natur endlich konstruktiv, pragmatisch, aber anspruchsvoll umzusetzen, statt dagegen zu polarisieren und Abschwächungen oder gar deren Abschaffung zu fordern. Wir erwarten, dass nicht Ängste geschürt, sondern sich zu Schutzziele bekannt und auch finanzielle Anreize für die Umsetzung gesetzt werden.

Insbesondere vom EVP-Vorsitzenden Manfred Weber als einem zentralen bayerischen Akteur in diesem Prozess fordern wir ein rückhaltloses Bekenntnis zur Bewahrung unserer Lebensgrundlagen und ein entsprechendes Handeln im Sinne des Gemeinwohls und nicht der Interessen Einzelner.

Als ein Beispiel sei das Pestizid Chlortoluron, das weiterhin auf unsere Äcker ausgebracht werden darf. Es dient zur Bekämpfung von breitblättrigen Unkräutern und unerwünschten Gräsern in Getreidekulturen. Das Umweltinstitut München schreibt dazu:

*Ein Ackergift, das im Verdacht steht, krebserregend zu sein, das Hormonsystem zu beeinträchtigen und die Entwicklung von Föten während der Schwangerschaft zu gefährden, dürfte in der EU eigentlich keine Zukunft mehr haben – so sollte man meinen. Tatsächlich hat der zuständige EU-Ausschuss erst kürzlich für die Verlängerung der Genehmigung eines solchen Wirkstoffs gestimmt: **Chlortoluron darf weiterhin auf Europas Feldern eingesetzt werden**; und das, obwohl der Stoff von offiziellen Stellen als besonders bedenklich eingestuft wurde und längst durch weniger gefährliche Alternativen ersetzt sein sollte.*

Auch unsere Regierung hat leider der Verlängerung zugestimmt.

Wir können Aktionen und Aufrufe unterstützen – z.B. die des Umweltinstitutes – in der Hoffnung, damit die Alternativen für solche Gifte ins Bewusstsein zu bringen. Wer will schon, dass wir uns vergiften?!